

12. Juli 2012

## Kabinettsbeschlüsse zum Doppelhaushalt 2013/2014

# **BBB: Ein beachtliches Paket – aber mit Spielraum!**

## **Söder gibt Ausblick für die Einkommensrunde 2013**

Der Entwurf der Staatsregierung für den Doppelhaushalt 2013/2014 steht. Er erfüllt viele unserer Forderungen – bleibt allerdings in Teilbereichen dahinter zurück. Die Landtagsabgeordneten werden im Rahmen ihrer Beratungen gefragt sein, hier nachzubessern. Zur Einkommensrunde 2013 hat Finanzminister Dr. Markus Söder bereits zugesagt: Das Tarifergebnis für die Beschäftigten des Landes (TV-L) wird ohne Abstriche auf Beamte in Bayern übertragen.

Vieles wurde von der Presse in ihrer Berichterstattung nicht aufgegriffen. Hier eine vollständige Zusammenfassung:

### **Neue Stellen**

Insgesamt wurden im Doppelhaushalt 2013/2014 circa 2.000 neue Stellen eingeplant, die sich wie folgt verteilen:

- 1.309 Stellen im Schulbereich
- 100 Stellen für das Wissenschaftsministerium; im Jahr 2015 zusätzlich 400 Stellen
- 100 Stellen für die Polizei
- 200 Stellen für neue Betriebsprüfer
- 226 Stellen in der Justiz
- 40 Stellen für das Umweltministerium
- 18 Stellen im Bayerischen Landtag
- 8 Stellen für das Wirtschaftsministerium
- Keine Stellen für Verfassungsschutz, Betreuungsgeld und Staatskanzlei

Die Verteilung obliegt den jeweiligen Ressorts innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs. Soweit hier besondere Anforderungen bestehen, können die BBB-Fachverbände über die jeweiligen Hauptpersonalräte aktiv werden.

Bedauerlich ist, dass manche Bereiche trotz Aufgabenmehrung ohne bzw. mit zu wenig zusätzlichen Stellen auskommen sollen (vgl. z. B. Betreuungsgeld oder allgemeine innere Verwaltung).

### **Beförderungen – zum 1. Juli 2013**

Es werden insgesamt **45 Millionen Euro** im Rahmen des Doppelhaushalts 2013/2014 für die Beförderung, das zentrale Leistungselement, zur Verfügung gestellt. Diese werden gemäß der Zahl der Beschäftigten wieder hälftig auf den Schulbereich und die anderen Beamtenbereiche aufgeteilt und erfolgen alle **zum 1. Juli 2013**.

Gerade bei diesem Punkt hat es härtester Verhandlungen bedurft – die Beförderungen sollten noch später und teilweise weit in das Jahr 2014 geschoben werden.

Auch das Volumen war (und ist) ein streitiger Punkt. Von den für die Dienstrechtsreform insgesamt zugesagten Stellenhebungen im Umfang von 240 Millionen Euro standen noch 60 Millionen aus.

### **Leistungsprämie/-zulagen/Stufenaufstieg**

Die Aussetzung der Leistungselemente wird zurückgenommen. Damit kann das Neue Dienstrecht endlich mit Leben erfüllt werden. Die Gesamtmittel werden leicht gekürzt.

### **Wiederbesetzungssperre**

Ab dem 1. Januar 2013 wird die Wiederbesetzungssperre von 12 Monaten auf 3 Monate reduziert. „Altsperren“ die bereits mindestens drei Monate laufen, enden ebenfalls zu diesem Termin. Ein weiterer wichtiger Schritt bei der – längst überfälligen – Betonung des Leistungsgedankens im Neuen Dienstrecht.

### **Absenkung der Eingangsbesoldung**

Zum 1. Mai 2013 wird die Absenkung der Eingangsbesoldung zurückgenommen. Dies ist ein wichtiges Signal für alle jungen Beamtinnen und Beamte.

### **Reduzierung der Arbeitszeit**

Es bleibt wie geplant bei der Rückführung der Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden in zwei Schritten. Ab 1. August 2012 arbeiten alle Beschäftigten unter 60 Jahre eine Stunde weniger, ab 1. August 2013 erfolgt eine weitere Reduzierung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde für alle unter 50jährigen.

### **Weitere Verbesserungen**

Beschlossen wurde auch eine durch die Rechtsprechung veranlasste Verbesserung bei der Professorenbesoldung. Details stehen hier allerdings noch nicht fest.

Auch im Bereich des Tarifvertrags der Länder (TV-L) sind für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Stellenhebungen eingeplant. Auch hier stehen die Einzelheiten noch nicht fest.

Zudem wird es im Rahmen des weiterhin laufenden Reformprogramms „Verwaltung 21“ weitere Stellenhebungen geben. Hier empfehlen wir mit den entsprechenden Hauptpersonalräten ins Gespräch zu treten.

### **Ausblick: Einkommensrunde 2013**

Finanzminister Dr. Markus Söder hat gestern beim CSU-Sommerempfang für den öffentlichen Dienst angekündigt, dass der Tarifabschluss des Jahres 2013 im Bereich der Arbeitnehmer des Landes (TV-L) ohne Abstriche auf Beamte in Bayern übertragen wird. Entsprechende Mittel seien im Haushalt 2013/2014 eingestellt.